

HARALD LANGE

Globales Management

Harald Lange – Prof. Dr.,
Historiker, Berlin, zahlreiche
Veröffentlichungen zur
Geschichte der Sozial-
demokratie

Eine tagespolitische Debatte sollten die Referenten tunlichst vermeiden, so der Hinweis der Organisatoren, die für die Veranstaltung *Über die Grenzen hinweg – Globales Management seit den 70er Jahren* verantwortlich zeichneten. Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv, Bruno-Kreisky-Forum für Internationalen Dialog und das Dr.-Karl-Renner-Institut hatten für den 14. und 15. November 2001 in Berlin diese Tagung vorbereitet. Sie wurde verbunden mit der Eröffnung der Ausstellung *50 Years of the Socialist International – For Social Justice and International Solidarity in Peace and Freedom*.

Bundeskanzler Schröder und der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer waren für Vorträge beziehungsweise Grußworte angesagt – beide kamen nicht, aber politische Prominenz war dennoch reichlich vertreten: Holger Börner, Franz Vranitzky und Wolfgang Thierse zur Eröffnung und Heidemarie Wieczorek-Zeul zum Schlußvortrag.

Bundestagspräsident Thierse hielt sich bemerkenswerterweise schon am Anfang der Tagung nicht an die vorgegebene Marschrichtung, indem er seine Erinnerungen an Willy Brandt mit der These verknüpfte, der Nährboden für den modernen Terrorismus sei in der Ausbeutung der armen Länder der Dritten Welt zu finden. Er sprach die Hoffnung aus, daß das jetzt hoffentlich jeder begriffen habe, und daß auch jeder wissen müsse: Den Terrorismus könne man nicht nur militärisch bekämpfen. Der frühere österreichische Bundeskanzler Vranitzky folgte diesen Gedankengängen. Die allgemeine Durchsetzung der Menschenrechte sei fraglich, solange weltweit offenkundige Ungerechtigkeiten erhalten blieben. Er zitierte allerdings auch Ingeborg Bachmann mit deren skeptischer Position: »Geschichte lehrt ständig, findet aber keine Schüler.«

Die Referenten aus den USA, aus Kanada, Großbritannien, Kenia, Österreich und Deutschland konnten die Vorgabe, sich nicht auf aktuelle Diskussionen einzulassen, die sich aus den Terroranschlägen des 11. September ergeben haben, schon deshalb nicht einhalten, weil die Tagungsteilnehmer immer wieder auf dieses Thema, insbesondere auf die Politik der USA, zu sprechen kamen.

Es wäre im Rahmen eines kurzen Berichts wenig lohnend, auf die breit angelegten Ausführungen einiger Referenten über Multilateralismus, Unilateralismus, Bipolarität und ähnliches einzugehen, da sie letztlich wenig ergiebig blieben. Ein Diskussionsteilnehmer faßte diese Problematik lapidar mit dem Satz zusammen: »In der bipolaren Welt gab es Multilateralismus, in der jetzigen

multipolaren Welt haben wir es mit dem Unilateralismus der USA zu tun.<

Aufmerksamkeit erregte zu Recht der Vortrag von Franz Nuscheler, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden in Duisburg, der meinte, daß der Nord-Süd-Konflikt erst mit dem 11. September wieder als echter globaler Konflikt wahrgenommen werde. Viele Jahre lang seien die Warnungen des Brandt-Berichts überhört worden. Der »Dialog unter Gehörlosen« – wie Brandt seinerzeit formulierte – sei in allen substantiellen Fragen immer zugunsten des Nordens entschieden worden. Der Nord-Süd-Konflikt schien kein Sicherheitskonflikt zu sein. Schließlich habe sich nicht der Trend zu einer Regulierung des Weltmarkts, sondern der Neoliberalismus mit seiner Orientierung auf Deregulierung durchgesetzt. Inzwischen – so Nuscheler – sei klar geworden, daß es durchaus eine Friedensgefährdung durch »strukturelle Gewalt« gebe. Die »Eine Welt« sei eine Romantisierung der Wirklichkeit, denn die soziale Polarisierung nehme in immer rascherem Tempo zu. Das Nord-Süd-Gefälle sei jedoch nicht nur ein soziales, sondern auch ein Machtgefälle. Der Süden sei dort, wo es um Entscheidungen gehe, unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten. Gefühle der Demütigung und der Deklassierung seien das Resultat. Schon der Brandt-Bericht habe nicht allein von Wohlstand, sondern von der Notwendigkeit einer Umverteilung der Macht gesprochen. Es nahm folglich nicht wunder, daß es ein Afrikaner, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Kenias, Anyang 'Nyongo, war, der in seinem Vortrag die Thesen Nuschellers mit Beispielen konkretisierte, die sich auf den unzureichenden Kampf gegen AIDS, gegen Hunger und Armut in der Dritten Welt bezogen. Ohne eine Beseitigung dieser Katastrophen werde es auch keine globale Sicherheit geben können. Udo E. Simonis vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung befaßte sich ausführlich mit den internationalen Bemühungen für eine »Weltumweltpolitik«, in der es zwar weitreichende Ideen, aber keine ausreichenden praktischen Maßnahmen gebe. Es gebe weder eine Strategie zur Rettung der Wälder, noch zur Rettung der Böden. Bei der zunehmenden Wasserknappheit streite man sich sogar noch, ob dies überhaupt als ein globales Problem zu bewerten sei, obwohl schon 16 Länder unter akuter Wasserknappheit zu leiden hätten. Diese Zahl werde schon bald auf 28 ansteigen.

Weitere Vorträge befaßten sich mit der ambivalenten Rolle der G7 und der transnationalen Unternehmen, mit deren Verhältnis von Souveränität und Interdependenz und mit der Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NRO). Immer wieder konzentrierten sich die Fragestellungen auf die USA, wenn auch niemand zu sagen wußte, auf welche Art deren selbstherrlichem hegemonialem Wirken beizukommen sei. Bisher – so formulierte es in zugespitzter Weise der Publizist Harald Schumann – werde zwar von »global governance« viel geredet, doch finde sie nur dann statt, wenn die USA dies wollten. Einig war man sich in der Schlußfolgerung, daß der Aufbau eines Feindbildes gegen die USA nicht weiterführe, sondern vielmehr die eigene europäische Position ausgebaut werden müsse.

Den wohl interessantesten und vom Publikum am intensivsten diskutierten Vortrag hielt Peter Leuprecht, Universitätsprofessor in

Montreal und Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der UNO für Kambodscha. Er sprach zum Thema »Menschenrechte als grundlegende Orientierung in einem Wertesystem der internationalen Politik«. Hier redete offensichtlich jemand, der sich sowohl in der Theorie als auch in der Realität gut auskennt. Die erfreuliche Deutlichkeit seiner Aussagen stand in einem starken Kontrast zu dem, was derzeit von Regierungen und Meinungsmachern verbreitet wird. Wenn die Menschenrechte unteilbar sind und alle Rechte für alle gelten sollen – so Leuprecht –, sei das ohne den Grundsatz der Solidarität nicht machbar. Die individualistische Sicht auf die Menschenrechte sei falsch. In der Praxis stelle sich das Problem überall, wo Macht ausgeübt werde. Jede Art von Macht setze auch den Menschenrechten Schranken. Der enge Zusammenhang von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mache es notwendig, das Primat der Politik zu verteidigen beziehungsweise wieder herzustellen. Zur Zeit werde jedoch die politische gegenüber der ökonomischen Macht immer schwächer. Der »Marktfundamentalismus« werde sogar als die ausreichende Voraussetzung für die Durchsetzung der Menschenrechte angesehen. Wo der Mensch auf den Konsumenten reduziert werde, erhebe sich die Frage, was denn Freiheit wirklich bedeute (»Geht es etwa um die Freiheit des Fuchses im Hühnerstall?«). Die These, daß der zunehmende Reichtum auf der Erde alle Menschen erreichen werde, finde in der Realität keine Bestätigung. Die Durchsetzung der Menschenrechte sei Friedenspolitik. Jede Konfliktverhütung müsse den Menschenrechten ihren Platz einräumen. Wir bräuchten »keine Politik, die sich der Menschenrechte bedient, sondern eine Politik, die sie zugrunde legt«. Leuprecht fand viel Zustimmung. In der Diskussion untermauerte er seine Thesen durch Beispiele aus Kambodscha und Jugoslawien, wo sich im Vorgehen der USA und der NATO deutlich der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gezeigt habe und wo immer wieder das Recht aus rein opportunistischen Erwägungen gebeugt worden sei.

Den abschließenden Vortrag über »Globales Management als Instrument nachhaltiger Entwicklung« hielt Heidemarie Wiczorek-Zeul, der man es anmerkte, daß sie ihre neue Rolle in einem Ministeramt, das sich als Zentrum für die humanitäre »Ergänzung« zum Kriegseinsatz interpretieren läßt, durchaus genoß. Sie zählte die Erfolge beim Kampf um die Heraufsetzung der Lebenserwartung, um die Senkung der Sterblichkeitsrate bei Kindern und für die Alphabetisierung auf und widmete sich dann den Aufgaben zur Regulierung der Finanzmärkte, des Wettbewerbs, der Verschuldung etc. Sie verteidigte vehement den Bestand der Regierungskoalition; man könne sie nicht aufgeben, weil Millionen Menschen in ihren Hoffnungen nicht enttäuscht werden dürften. Es wurde nicht mehr darüber diskutiert, wie viele Millionen es denn nun wirklich sein könnten, die ihr Vertrauen angesichts Kriegseinsatz und steigender Arbeitslosigkeit immer noch bewahren.

Auch wenn die Veranstalter der Tagung diese als gelungen bezeichneten, so konnte sich doch der Zuhörer eines Gefühls der Unsicherheit, des Unbefriedigtseins und gar der Mutlosigkeit nicht erwehren. Die Diskrepanzen zwischen dem reichen Norden und den Entwicklungsländern wurden zwar in vielen Facetten beschrieben, es fehlte

jedoch eine Sicht auf die Gesamtheit, auf den Kern der als nahezu unheilbar erscheinenden Gegensätze. Das wiederholte Beschwören der Mahnungen Willy Brandts war ein Hinweis auf die gegenwärtig herrschende Ratlosigkeit, die Komplexität der Globalisierungsprozesse, insonderheit die gravierenden Mängel des globalen Managements, bis auf den Grund analysieren und Wege zu einer Besserung der Lage weisen zu können. Vielleicht war es auch zu wenig, daß nur ein Afrikaner, damit nur ein Vertreter der armen Länder, als Referent antrat. Genauer und härter hätte sich sonst ein Blick auf die Wirklichkeit in jene Teile der Erde richten lassen, wo sich globales Management ganz nüchtern als das Hochrüsten und als Kauf mafiaähnlicher Cliquen darstellt, die keinerlei staatliche Strukturen schaffen, sondern sie zerstören, die vagabundierende entstaatlichte Gewalt fördern, das Flüchtlingselend und den Hunger vermehren.

In der Akademie der Künste geißelte der Soziologe Oskar Negt jüngst die global um sich greifende neoliberale »Pest des nur betriebswirtschaftlichen Denkens«, das bar aller sozialstaatlichen Regularien die gesellschaftlichen Strukturen zerstöre und die Dritte Welt in Aufruhr bringe.

Die Resultate der Tagung in der Friedrich-Ebert-Stiftung machten erneut darauf aufmerksam, daß die Zeit drängt, den Problemen der Globalisierung mit produktiven Ideen und mit der Formierung gesellschaftlicher Akteure, die solche Ideen aufnehmen und umsetzen können, zu Leibe zu rücken.

SoZ

Sozialistische Hefte 1

Jhr Theorie und Praxis

5 Euro

Bundvertrieb zur SoZ - Sozialistische Zeitung

Sonderheft der SoZ · 60 Seiten · 5 Euro

Bestellungen an (5-Euro-Schein liegt bei):
SoZ-Verlag · Dasselstraße 75-77 · D-50674 Köln

Neue und alte Bewegungen vor und nach dem 11. September

Gerhard Klas überblickt die neuen sozialen Bewegungen, ihre Akteure und Ideen **Christoph Jünke** versucht eine historische Einordnung der neuen Bewegungen **Daniel Bensaid** untersucht die neue Weltunordnung **Angela Klein** und **James Petras** klären die Herausforderungen des Krieges für die Friedens- und Anti-globalisierungsbewegung **Leo Panitch** entwirft eine linke Strategie für die Arbeiterbewegung **Barbara Epstein** fragt, was aus der Frauenbewegung geworden ist **Alex Callinicos** bespricht Tonio Negris »Empire« im Kontext seines Werkes

Die **SoZ – Sozialistische Zeitung** jetzt monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition.

Probeausgabe kostenlos.
Probeabo (3 Ausgaben) 5-Euro-Schein liegt bei.

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · D-50674 Köln
E-Mail <sozkoeln@aol.com> · Webseite <www.soz-plus.de>